

No. 37091

**Germany
and
Poland**

**Agreement between the Federal Repnblic of Germany and the Republic of Poland
concerning mutual assistance in the event of disasters or serious accidents (with
annexes). Warsaw, 10 April 1997**

Entry into force: *1 March 1999, in accordance with article 16*

Authentic texts: German and Polish

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 5 December 2000*

**Allemagne
et
Pologne**

**Accord entre la Répnblique fédérale d'Allemagne et la République de Pologne
concernant l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accidents graves
(avec annexes). Varsovie, 10 avril 1997**

Entrée en vigueur : *1er mars 1999, conformément à l'article 16*

Textes antheniques : allemand et polonais

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 5 décembre
2000***

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen
zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
und
der Republik Polen
über
die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen
oder schweren Unglücksfällen

**Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen**

in der Absicht, einen Beitrag zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen in Europa im Geist des Vertrages vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zu leisten,

eingedenk des Vertrags vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen Ihnen bestehenden Grenze,

in Übereinstimmung mit den Zielen der Vereinten Nationen, die die neunziger Jahre zu einer Dekade der Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenhilfe bei Naturkatastrophen erklärt haben,

eingedenk des Abschließenden Dokuments des Dritten KSZE-Folgetreffens in Wien vom 15. Januar 1989 und des Helsinki-Dokuments vom 10. Juli 1992,

unter Berücksichtigung des am 17. März 1992 in Helsinki unterzeichneten Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen,

in dem Bewußtsein, daß natur- oder technologiebedingte Katastrophen oder schwere Unglücksfälle möglich sind,

überzeugt von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern und die schnelle Entsendung von Hilfsmannschaften und -material sicherzustellen,

in Anbetracht der Vorteile, die der Austausch von wissenschaftlichen und technischen Informationen auf dem Gebiet der Industrieunfallverhütung und der Katastrophen- und Unglücksfallvorbeugung sowie bei der Beseitigung von deren Auswirkungen für beide Seiten bringen kann -

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1
Vertragsgegenstand**

Die Vertragsstaaten helfen einander entsprechend ihren Möglichkeiten bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, die ernsthafte Schäden oder Gefahren für die körperliche Unversehrtheit von Personen, für Güter oder für die Umwelt nach sich ziehen und die mit eigenen Mitteln des hilfeersuchenden Vertragsstaats nicht gänzlich bewältigt werden können.

**Artikel 2
Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

"hilfeersuchender Vertragsstaat"

der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden und Stellen um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -ausrüstung aus dem anderen Vertragsstaat, ersuchen;

"hilfeleistender Vertragsstaat"

der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden oder Stellen einem Ersuchen des anderen Vertragsstaats um Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -ausrüstung, stattgeben;

"Transitstaat"

der Staat, dessen Hoheitsgebiet die Hilfsmannschaften durchqueren müssen, um den hilfeersuchenden Staat zu erreichen;

"Hilfsmannschaft"

eine vom hilfeleistenden Vertragsstaat zwecks Hilfeleistung in den hilfeersuchenden Vertragsstaat entsandte Personengruppe;

"Ausrüstungsgegenstände"

das Material, die technischen Mittel, die Fahrzeuge, die Güter für den Eigenbedarf (Betriebsgüter), Rettungshunde, die persönliche Ausstattung sowie persönliche Gebrauchsgegenstände der Hilfsmannschaften und Fachkräfte;

"Hilfsgüter"

die Gegenstände, die zur kostenlosen Verteilung unter der von der Katastrophe oder dem schweren Unglücksfall betroffenen Bevölkerung bestimmt sind.

Artikel 3 Zuständigkeiten

(1) Die für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständigen Behörden sind:

1. In der Bundesrepublik Deutschland:

- das Bundesministerium des Innern sowie
- die Innenministerien der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und des Freistaats Sachsen;

2. in der Republik Polen

- der Minister für Innere Angelegenheiten und Öffentliche Verwaltung.

(2) Die in Absatz 1 genannten Behörden können andere Behörden und Stellen bezeichnen, die zur Stellung oder Entgegennahme von Hilfeersuchen sowie zur Regelung von Fragen des Verfahrens bei der Durchführung dieses Abkommens ermächtigt sind.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Behörden und Stellen sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Abkommens unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

(4) Die beiden Vertragsstaaten geben einander die Adressen und Telekommunikationsverbindungen der in den Absätzen 1 und 2 genannten Behörden bekannt.

**Artikel 4
Einsatzarten**

- (1) Die Hilfe kann durch einzelne Fachkräfte oder durch Hilfsmannschaften geleistet werden, die an den Ort der Katastrophe oder des schweren Unglücksfalls entsandt werden und die insbesondere in den Bereichen Brandbekämpfung, technische Hilfeleistung, Bekämpfung von radiologischen, chemischen und ökologischen Gefahren, Sanitätshilfe, Rettung und Bergung oder behelfsmäßige Instandsetzung ausgebildet sind und die über die erforderlichen Ausrüstungsgegenstände verfügen. Auf Wunsch des hilfeersuchenden Vertragsstaats kann die Hilfe auch auf jede andere Weise erbracht werden.
- (2) Die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte sowie die Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg transportiert werden.

**Artikel 5
Grenzübertritt**

- (1) Um die für einen Hilfseinsatz erforderliche Wirksamkeit und Schnelligkeit zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsstaaten, die Förmlichkeiten beim Überschreiten der Grenze auf das unerlässliche Mindestmaß zu beschränken.
- (2) Die Mitglieder einer Hilfsmannschaft überschreiten die Grenze und halten sich im Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Vertragsstaats auf der Grundlage einer von der zuständigen Stelle des hilfeleistenden Vertragsstaats gemäß Artikel 3 ausgestellten Bescheinigung auf, die zum Grenzübertritt berechtigt. Das Muster der Bescheinigung ist in Anlage 1 zu diesem Abkommen enthalten. Kann im Fall besonderer Eilbedürftigkeit die Bescheinigung nicht vorgelegt werden, so genügt jeder andere Nachweis, daß der Grenzübertritt zum Zwecke eines Hilfseinsatzes gemäß diesem Abkommen erfolgt. Daneben hat jedes Mitglied einer Hilfsmannschaft seinen mit seinem Lichtbild versehenen Dienstausweis oder ein sonstiges Identitätsdokument mitzuführen und sich hiermit auf Verlangen eines hierzu ermächtigten Amtsträgers auszuweisen.
- (3) Die Hilfsmannschaften überschreiten die Grenze an den Grenzübergängen.

Bei besonderer Dringlichkeit kann der Grenzübertritt auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen nach Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Vertragsstaaten gemäß Artikel 3 und nach vorheriger Unterrichtung der zuständigen Grenzschutzbehörden erfolgen.

(4) Die Erleichterungen beim Grenzübertritt nach den Absätzen 1 und 2 gelten entsprechend für den Fall, daß ein Vertragsstaat Transitstaat für Hilfeleistungen ist, die einem hilfeersuchenden Vertragsstaat oder einem Drittstaat gewährt werden sollen und sofern der Transit für eine rasche Hilfeleistung notwendig ist. Die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden unterrichten einander rechtzeitig darüber, wenn sich das Erfordernis eines Transits ergibt und stimmen die Art und Weise der Durchführung des Transits ab.

Artikel 6

Grenzübergang der Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter

(1) Die Vertragsstaaten erleichtern die Ein- und Ausfuhr der bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft und die an einem Hilfeinsatz teilnehmenden Fachkräfte haben den zuständigen Zollstellen des hilfeersuchenden Vertragsstaats lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Wenn sie kein solches Verzeichnis haben, erhalten die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte die Genehmigung zum Grenzübertritt mit Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern. In diesem Fall ist den zuständigen Stellen des hilfeersuchenden Vertragsstaats das Verzeichnis innerhalb von 30 Tagen vom Tag des Grenzübertritts vorzulegen.

(2) Die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachleute dürfen außer den bei Hilfeinsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern kein anderes bewegliches Gut mitführen. Die Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter werden von allen Einfuhrabgaben befreit und dürfen nur für den Hilfeinsatz verwendet werden.

(3) Für die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für die Gütereinfuhr keine Anwendung. Die bei einer Hilfeleistung nicht verwendeten Ausrüstungsgegenstände und

Hilfsgüter sind binnen 30 Tagen nach Beendigung des Hilfeinsatzes wieder auszuführen. Lassen besondere Verhältnisse die Wiederausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie der Verbleib dieser Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter der für die Hilfeleistung verantwortlichen Stelle des hilfeersuchenden Vertragsstaats anzugeben, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt. In diesem Falle gelten die Rechtsvorschriften des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(4) Suchtstoffe/psychotrope Stoffe dürfen nur im Rahmen des dringenden medizinischen Bedarfs eingeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen des hilfeistenden Vertragsstaats eingesetzt werden. Das Recht des ersuchenden Vertragsstaats, im Hoheitsgebiet Kontrollen durchzuführen, bleibt unberührt. Die Sätze 2 bis 4 des Absatzes 3 finden auch auf die Wiederausfuhr nicht verbrauchter Suchtstoffe/psychotroper Stoffe in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten Anwendung. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Suchtstoffübereinkommen. Nicht verbrauchte Suchtstoffe/psychotrope Stoffe, die nicht wieder ausgeführt werden können, unterliegen den Rechtsvorschriften des hilfeersuchenden Vertragsstaats.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend bei einem durch das Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats führenden Transit der bei Hilfeleistungen für einen hilfeersuchenden Drittstaat notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Transitstaat wird den Hilfsmannschaften in seinem Hoheitsgebiet Hilfe leisten, wie dies von den Vertragsstaaten vereinbart wurde.

Artikel 7

Einsatz von Luftfahrzeugen

(1) Jeder Vertragsstaat gestaltet, daß Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aus für Einsätze im Rahmen dieses Abkommens eingesetzt werden, sein Hoheitsgebiet überfliegen und ohne Flugplatzzwang landen und starten dürfen.

(2) Die Absicht, Luftfahrzeuge zu verwenden, ist dem hilfeersuchenden Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen. Dabei sollen möglichst genaue Informationen ge-

geben werden über

- 1. des Baumuster des Luftfahrzeugs,**
- 2. Eintragungsland und Eintragungskennzeichen,**
- 3. die Besatzung, Passagiere und Hilfsmannschaften,**
- 4. Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter,**
- 5. die Zeit des Abflugs, die voraussichtliche Flugroute und den Landeort.**

(3) Soweit sich aus Absatz 1 nichts anderes ergibt, sind die im Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats geltenden Luftverkehrsvorschriften anzuwenden, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Informationen über die Flüge zu übermitteln.

(4) Anhang 12 über das Such- und Rettungswesen im Luftverkehr zum Abkommen vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt sowie das Abkommen vom 5. März 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit im Flugverkehr in Notfällen zwischen den Such- und Rettungsdiensten (SAR) bleiben unberührt.

Artikel 8

Koordination und Gesamtleitung

- (1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt den zuständigen Behörden des hilfeersuchenden Vertragsstaats.
- (2) Die zuständigen Behörden des hilfeersuchenden Vertragsstaats unterstützen die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte des hilfeleistenden Vertragsstaats bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie erläutern möglichst ausführlich die Aufgaben, die sie den Hilfsmannschaften und den einzelnen Fachkräften übertragen wollen.
- (3) Anweisungen an die Hilfsmannschaften des hilfeleistenden Vertragsstaats

werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, die die Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

**Artikel 9
Einsatzkosten**

- (1) Die Kosten der Hilfeleistung, einschließlich der Aufwendungen, die durch vollständigen oder teilweisen Verlust oder durch vollständige oder teilweise Zerstörung der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände entstehen, werden dem hilfeleistenden Vertragsstaat durch den hilfeersuchenden Vertragsstaat nicht erstattet, es sei denn, die Vertragsstaaten haben vorher eine diesbezügliche Sonderregelung getroffen.
- (2) Jeder Vertragsstaat kann verlangen, daß die durch einen Einsatz von Luftfahrzeugen entstandenen Kosten bis zur Hälfte von dem hilfeersuchenden Vertragsstaat übernommen werden. Die Höhe der Kosten richtet sich in diesem Fall nach den in dem hilfeleistenden Vertragsstaat zum Zeitpunkt der Hilfeleistung gültigen Tarifen.
- (3) Die Hilfsmannschaften und Fachkräfte des hilfeleistenden Vertragsstaats werden während der Dauer des Einsatzes im hilfeersuchenden Vertragsstaat auf dessen Kosten untergebracht und verpflegt sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall kostenlos logistische (einschließlich medizinische) Hilfe.

**Artikel 10
Entschädigung und Schadensersatz**

- (1) Die Vertragsstaaten verzichten wechselseitig auf alle Entschädigungsansprüche wegen des Verlustes oder der Beschädigung von Vermögenswerten, die ihnen oder anderen Verwaltungsorganen gehören, wenn der Schaden von einem Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder von einer Fachkraft bei einem Einsatz im Rahmen dieses Abkommens verursacht worden ist.
- (2) Die Vertragsstaaten verzichten wechselseitig auf alle Entschädigungsansprü-

che wegen Verletzung oder wegen des Todes eines Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder einer Fachkraft, soweit der Schaden bei der Durchführung des Abkommens entstanden ist. Ersatzansprüche eines im Zusammenhang mit der Hilfeleistung geschädigten Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder einer Fachkraft bzw. deren Hinterbliebenen bleiben hiervon unberührt.

(3) Wird durch einen Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder durch eine Fachkraft des hilfeleistenden Vertragsstaats bei der Erfüllung seiner bzw. ihrer Aufgabe im Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Vertragsstaats einem Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet für den Schaden ausschließlich der hilfeersuchende Vertragsstaat nach den Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Hilfsmannschaften verursachten Schadens Anwendung finden würden.

(4) Die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatzansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten nicht, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist.

Artikel 11 **Weitere Formen der Zusammenarbeit**

(1) Die in Artikel 3 genannten Behörden arbeiten zusammen und können gesonderte Vereinbarungen schließen, insbesondere über

1. die Vorhersage, Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, den Austausch aller praktischen Erfahrungen und zweckdienlichen Informationen wissenschaftlicher und technischer Art, die Durchführung von Konferenzen und Studienaufenthalten für Fachkräfte, Forschungsprogramme und Fachkurse, den Austausch von Lehrkräften und Lehrgangsteilnehmern der einschlägigen Ausbildungseinrichtungen sowie die Durchführung von gemeinsamen Übungen und den beratenden Einsatz von wissenschaftlichen Experten in Einsatzstäben;

2. den Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die sich in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ausbreiten können; der gegenseitige Informationsaustausch umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meß- und Prognosedaten:

(2) Für gemeinsame Übungen, bei denen Hilfsmannschaften aus einem Vertragsstaat im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats zum Einsatz kommen, gelten die Bestimmungen des Abkommens sinngemäß.

Artikel 12
Übermittlung personenbezogener Daten

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts jedes Vertragsstaats personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die Bestimmungen der Anlage 2 zu diesem Abkommen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften.

Artikel 13
Telekommunikationsverbindungen

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Telekommunikations-, insbesondere Funkverbindungen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

Artikel 14
Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

(1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die Regierungen beider Vertragsstaaten beigelegt.

- (2) Falls die Vertragsstaaten eine Meinungsverschiedenheit nicht binnen zwölf Monaten nach ihrem Entstehen beilegen, wird sie auf Antrag jedes Vertragsstaats einem Schiedsgericht, bestehend aus drei Obmännern, vorgelegt. Jeder der Vertragsstaaten benennt je einen Obmann, und die benannten Obmänner wählen einen Vorsitzenden, der nicht die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten besitzen darf.
- (3) Falls einer der Vertragsstaaten seinen Obmann nicht binnen zwei Monaten nach dem Erhalt des Antrags des anderen Vertragsstaats benennt, kann sich der andere Vertragsstaat zwecks Nominierung mit einer Bitte an den Vorsitzenden des Internationalen Gerichtshofs wenden.
- (4) Falls beide Obmänner binnen zwei Monaten nach ihrer Ernennung keine Übereinkunft bezüglich der Wahl des Vorsitzenden des Schiedsgerichts erzielen, wird die Nominierung des Vorsitzenden auf Antrag eines Vertragsstaats durch den Vorsitzenden des Internationalen Gerichtshofs vorgenommen.
- (5) Falls der Vorsitzende des Internationalen Gerichtshofs in den Fällen der Absätze 3 und 4 die genannte Funktion nicht ausüben kann bzw. er die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten besitzt, wird die Nominierung durch den Stellvertretenden Vorsitzenden des Internationalen Gerichtshofs vorgenommen. Falls der Stellvertretende Vorsitzende diese Funktion nicht erfüllen kann bzw. er die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten besitzt, nimmt der rangälteste Richter des Gerichtshofs, der nicht Staatsangehöriger eines der Vertragsstaaten ist, die Nominierung vor.
- (6) Falls die Vertragsstaaten nicht anderes vereinbaren, legt das Schiedsgericht die eigene Verfahrensweise fest. Das Gericht fällt Urteile mit Stimmenmehrheit und in Anlehnung an die Prinzipien und Vorschriften des Völkerrechts sowie auf der Grundlage der Bestimmungen dieses Abkommens.
- (7) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Obmannes sowie dessen Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten im Zusammenhang mit dem Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann jedoch in seinem Urteil für einen Vertragsstaat einen größeren Kostenanteil festlegen.
- (8) Die Urteile des Schiedsgerichts sind endgültig und für beide Vertragsstaaten

Artikel 15
Andere völkerrechtliche Übereinkünfte

Bestehende Rechte und Pflichten beider Vertragsstaaten aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 16
Ratifikation und Inkrafttreten

- (1) **Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.**
- (2) **Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.**

Artikel 17
Geltungsdauer, Kündigung

- (1) **Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.**
- (2) **Dieses Abkommen kann von den Regierungen der Vertragsstaaten durch Notifikation gekündigt werden; in diesem Fall wird die Kündigung sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem sie der Regierung des anderen Vertragsstaats zugegangen ist.**

Geschehen zu Warschau am 10. April 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

**Für die Bundesrepublik
Deutschland**

Baas

**Für die Republik
Polen**

Leszek Rilk

**Anlage 1
zum
Abkommen
zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
und
der Republik Polen
über
die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen
oder schweren Unglücksfällen**

.....
organ
Behörde

.....
miejscowość, data
Ort, Datum

**Z A Ś W I A D C Z E N I E
B E S C H E I N I G U N G**

Pan/Pani jest dowódcą niemieckiej grupy ratowniczej, która ma wziąć udział w akcji na terytorium Polski na podstawie Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o wzajemnej pomocy podczas katastrof i klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków.
Niniejsze zaświadczenie upoważnia grupę ratowniczą do przekraczania granicy.

Herr/Frau ist Leiter/in der deutschen Hilfsmannschaft, die auf polnischem Hoheitsgebiet auf der Grundlage des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen eingesetzt werden soll. Diese Bescheinigung berechtigt die Hilfsmannschaft zum Grenzübertritt.

**W skład niemieckiej grupy ratowniczej wchodzi osób.
Der deutschen Hilfsmannschaft gehören Personen an.**

**Grupa ratownicza ma ze sobą wyposażenie, w tym
..... pojazdów z przyczepami,
..... psów ratowniczych.**

**Die Hilfsmannschaft führt Ausrüstungsgegenstände mit, darunter
..... Fahrzeuge mit Anhängern,
..... Rettungshunde.**

**Na terytorium Polski znajdują się następujące środki pomocy:
Folgende Hilfsgüter werden in das polnische Hoheitsgebiet eingeführt:**

.....
**Podpis
Unterschrift**

Anlage 2
zum
Abkommen
zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
und
der Republik Polen
über
die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen
oder schweren Unglücksfällen

- 1. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.**
- 2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.**
- 3. Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.**
- 4. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung der Daten vorzunehmen.**

5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Seite verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des Ersatzes.
7. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltenden nationale Recht in bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
9. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die personenbezogenen Daten bei der Übermittlung und dem Empfang wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

[POLISH TEXT — TEXTE POLONAIS]

U M O W A

między

Republiką Federalną Niemiec

a

Rzeczypospolitą Polską

o wzajemnej pomocy

podczas katastrof i klęsk żywiołowych

lub innych poważnych wypadków

**Republika Federalna Niemiec
oraz Rzeczpospolita Polska,
zwane dalej Umawiającymi się Stronami, -**

zamierzając przyczynić się do rozwijania dobrosąsiedzkich stosunków w Europie, w duchu Traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z 17 czerwca 1991 r.,

w myśl Traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o potwierdzeniu istniejącej między nimi granicy z 14 listopada 1990 r.,

zgodnie z celami Organizacji Narodów Zjednoczonych, która ogłosiła lata dziewięćdziesiąte dekadą wspierania międzynarodowej współpracy w zapobieganiu i przeciwdziałaniu zagrożeniom na wypadek klęsk żywiołowych,

w myśl dokumentu końcowego III Stałego Posiedzenia KBWE w Wiedniu, które odbyło się 15 stycznia 1989 r. oraz Dokumentu Helsińskiego z 10 lipca 1992 r.,

uwzględniając postanowienia Konwencji w sprawie transgranicznych skutków awarii przemysłowych, przyjętej w Helsinkach 17 marca 1992 r.,

będące świadomymi możliwości zaistnienia katastrof spowodowanych siłami przyrody, działalnością techniczną lub innych poważnych wypadków,

przekonane o potrzebie współdziałania w celu ułatwienia wzajemnej pomocy na wypadek powstania katastrof, klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków oraz w celu zagwarantowania szybkiego wysłania grup ratowniczych i środków pomocy,

a także biorąc pod uwagę korzyści, jakie może przynieść Umawiającym się Stronom wymiana informacji naukowej i technicznej w dziedzinie zapobiegania awariom przemysłowym, katastrofom i klęskom żywiołowym lub innym poważnym wypadkom i likwidacji ich skutków,

uzgodniły co następuje:

Artykuł 1

Przedmiot umowy

Umawiające się Strony będą udzielaly sobie, w miarę swych możliwości, wzajemnej pomocy na wypadek katastrof i klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków, które powodują poważne szkody lub zagrożenie dla życia i zdrowia ludzi lub dóbr materialnych oraz środowiska naturalnego, a które nie mogą być całkowicie opanowane przy użyciu własnych środków Strony zwracającej się o pomoc.

Artykuł 2

Definicje

Dla potrzeb niniejszej Umowy ustala się znaczenie używanych w niej terminów, jak następuje:

„Strona zwracająca się o pomoc”

Umawiająca się Strona, której odpowiednie organy zwracają się o pomoc, w szczególności o przystanie grup ratowniczych lub wyposażenia z terytorium drugiej Umawiającej się Strony,

„Strona pomagająca”

Umawiająca się Strona, której odpowiednie organy spełniają prośbę o pomoc drugiej Umawiającej się Strony, w szczególności prośbę o przystanie grup ratowniczych lub wyposażenia,

„Państwo tranzytu”

państwo, przez którego terytorium będą przemieszczane grupy ratownicze, w celu dotarcia do państwa zwracającego się o pomoc,

„Grupa ratownicza”

zespół osób wysłanych przez Stronę pomagającą w celu udzielenia pomocy Strone zwracającej się o pomoc, na jej terytorium,

„Wypożyczenie”

materiały, środki techniczne, pojazdy, własne zaopatrzenie grup ratowniczych (zaopatrzenie operacyjne), psy ratownicze, ekipunek osobisty oraz przedmioty osobistego użytku grup ratowniczych i ekspertów,

„Środki pomocy”

dobra przeznaczone do bezpłatnego rozprowadzenia wśród ludności poszkodowanej w wyniku katastrofy, klęski żywiołowej lub innych poważnych wypadków.

Artykuł 3

Kompetencje

1. Organami upoważnionymi do zwracania się o pomoc i przyjmowania wniosków o udzielenie pomocy są:

1) w Republice Federalnej Niemiec:

- Federalne Ministerstwo Spraw Wewnętrznych, a także
- Ministerstwa Spraw Wewnętrznych krajów: Meklemburgii-Pomorza Przedniego, Brandenburgii i Wolnego Państwa Saksonii;

2) w Rzeczypospolitej Polskiej:

- Minister Spraw Wewnętrznych i Administracji.

2. Wymienione w ustępie 1 organy mogą wskazać inne organy, które zostały upoważnione do zwracania się o pomoc i przyjmowania wniosków o udzielenie pomocy oraz do ustalenia trybu realizacji niniejszej Umowy.
3. Organy wymienione w ustępach 1 i 2, w celu realizacji niniejszej Umowy, są upoważnione do bezpośrednich wzajemnych kontaktów.

4. Obie Umawiające się Strony wymienią informacje o adresach i numerach połączeń telekomunikacyjnych organów wymienionych w ustępach 1 i 2.

Artykuł 4
Rodzaje operacji

1. Pomoc może być udzielona przez poszczególnych ekspertów lub grupy ratownicze, posiadających niezbędnie wyposażenie, kierowanych do miejsc katastrof, klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków, a wyspecjalizowanych w szczególności w gaszeniu pożarów, ratownictwie technicznym, opanowywaniu zagrożeń radiologicznych, chemiczno-ekologicznych, pomocy medycznej, ratownictwie lub doraźnym usuwaniu awarii. Na życzenie Strony zwracającej się o pomoc, pomoc taka może być też udzielona w każdej innej postaci.
2. Grupy ratownicze i poszczególni eksperci oraz wyposażenie i środki pomocy mogą być przemieszczańskie drogą lądową, powietrzną lub wodną.

Artykuł 5
Przekraczanie granicy państwowej

1. W celu zapewnienia niezbędnej skuteczności i szybkości podczas udzielania pomocy, Umawiające się Strony zobowiązują się ograniczyć do koniecznego minimum formalności wymagane podczas przekraczania granicy państwowej.
2. Członkowie grupy ratowniczej przekraczają granicę państwową i przebywają na terytorium Strony zwracającej się o pomoc na podstawie zaświadczenia upoważniającego do przekraczania granicy, wydanego przez właściwy organ Strony pomagającej, o którym mowa w artykule 3. Wzór zaświadczenia jest zawarty w załączniku nr 1 do niniejszej Umowy. Jeżeli w wypadku nie cierpiącym zwłoki zaświadczenie nie może zostać przedstawione, to wystarczy inny dowód potwierdzający fakt, iż przekraczanie granicy następuje w celu udziału w akcji ratowniczej na podstawie postanowień niniejszej Umowy.

Ponadto każdy członek grupy ratowniczej posiada ze sobą legitymację służbową zaopatoloną w zdjęcie lub inny dokument potwierdzający tożsamość, okazywany na żądanie uprawnionego do tego organu.

3. Grupy ratownicze przekraczają granicę państwową w przejściach granicznych. W przypadkach nie cierpiących zwłoki przekroczenie granicy państowej może nastąpić także poza przejściami granicznymi, w uzgodnieniu z właściwymi organami Umawiających się Stron, o których mowa w artykule 3 i po uprzednim poinformowaniu właściwego organu ochrony granicy państowej.
4. Ułatwienia w przekraczaniu granicy, o których mowa w ustępach 1 i 2 stosuje się odpowiednio w wypadku, gdy Umawiająca się Strona jest Państwem tranzytowym w zakresie udzielania pomocy jednej z Umawiających się Stron lub państwu trzeciemu, i o ile tranzyt jest konieczny w celu szybkiego udzielenia pomocy. Organy wymienione w artykule 3 ustęp 1 będą się wzajemnie w porę informować o tym, że występuje konieczność tranzytu i ustalią sposób przeprowadzenia tranzytu.

Artykuł 6

Przemieszczanie wyposażenia i środków pomocy przez granicę państwową

1. Umawiające się Strony będą ułatwiać wwoź i wywóz wyposażenia i środków pomocy, niezbędnych do prowadzenia akcji ratowniczej. Kierownik grupy ratowniczej i poszczególni eksperci biorący udział w akcji ratowniczej przedstawią przy przekraczaniu granicy państowej właściwym organom celnym Strony zwieraczącej się o pomoc wykaz przewożonego wyposażenia i środków pomocy. W przypadku braku takiego wykazu, grupy ratownicze i poszczególni eksperci otrzymają zezwolenie na przekroczenie granicy państowej wraz z wyposażeniem i środkami pomocy. Wykaz taki, w tym przypadku, powinien zostać przedstawiony właściwym organom Strony zwieraczącej się o pomoc w ciągu 30 dni od dnia przekroczenia granicy państowej.

2. Grupom ratowniczym i poszczególnym ekspertom nie wolno przewozić przez granicę państwową żadnego mienia ruchomego poza wyposażeniem i środkami pomocy niezbędnymi do użycia podczas działań ratowniczych. Wypożyczenie i środki pomocy są zwolnione od wszelkich opłat celnych i granicznych, a ich użycie jest dozwolone tylko do celów związanych z działaniami ratowniczymi.
3. Wypożyczenie i środki pomocy niezbędne do działań ratowniczych nie będą przedmiotem zakazów i ograniczeń stosowanych w odniesieniu do wwozu urządzeń i towarów. Wypożyczenie i środki pomocy nie zużyte w czasie działań ratowniczych będą z powrotem wywiezione w terminie 30 dni po zakończeniu akcji ratowniczej. Jeżeli wywóz ten byłby niemożliwy z powodu szczególnych okoliczności, zarówno o rodzaju, ilości jak i miejscu składowania wyposażenia i środków pomocy powiadomi się właściwe organy Strony zwracającej się o pomoc, odpowiedzialne za akcję ratowniczą, który powiadomi o tym właściwy organ celny. W tym wypadku mają zastosowanie przepisy prawa Strony zwracającej się o pomoc.
4. Narkotyki i środki psychotropowe mogą być sprowadzane tylko w celu udzielania koniecznej pomocy medycznej oraz mogą być stosowane wyłącznie przez wykwalifikowany personel medyczny, zgodnie z przepisami Strony pomagającej. Strona zwracająca się o pomoc zachowuje prawo kontroli na swoim terytorium. Ustęp 3, zdania 2-4, stosuje się także do wywozu na terytorium drugiej Umawiającej się Strony niewykorzystanych narkotyków i środków psychotropowych, zgodnie z przepisami prawa Umawiających się Stron. Tego rodzaju obrót towarowy nie będzie traktowany jako import lub eksport narkotyków w rozumieniu odpowiednich umów międzynarodowych. Do środków odurzających i substancji psychotropowych, których nie wykorzystano, stosuje się przepisy prawa Strony zwracającej się o pomoc.
5. Ustęp 1 do 4 stosuje się odpowiednio w odniesieniu do tranzytu przez terytorium jednej z Umawiających się Stron, wyposażenia i środków pomocy niezbędnych podczas przeprowadzenia akcji ratowniczej na rzecz państwa trzeciego zwracającego się o pomoc. Państwo tranzytu udziela na swoim

tertorium pomocy grupom ratowniczym w sposób uzgodniony przez Umawiające się Strony.

Artykuł 7
Użycie statków powietrznych

1. Każda z Umawiających się Stron zezwoli statkom powietrznym na przeprowadzenie w ramach niniejszej Umowy operacji z terytorium drugiej Umawiającej się Strony, na przeloty nad swym terytorium, na lądowania i starty, bez obowiązku korzystania ze stałych lotniczych przejść granicznych.
2. Stronę zwracającą się o pomoc należy niezwłocznie powiadomić o planowanym użyciu statków powietrznych. Należy przy tym możliwie dokładnie podać informację o:
 - 1) typie statku powietrznego,
 - 2) kraju rejestracji i oznakowaniu rejestracyjnym statku powietrznego,
 - 3) załodze, pasażerach i grupie ratowniczej,
 - 4) wyposażeniu i środkach pomocy,
 - 5) czasie odlotu, planowanej trasie lotu i miejscu lądowania.
3. O ile nic innego nie wynika z ustępu 1 należy podczas działań ratowniczych stosować odpowiednie przepisy o ruchu lotniczym, obowiązujące na terytorium każdej z Umawiających się Stron, w szczególności w zakresie obowiązku przekazywania informacji o lotach właściwym organom kontroli ruchu lotniczego.
4. Aneks 12 o systemie poszukiwań i ratownictwie w lotnictwie do Konwencji o międzynarodowym lotnictwie cywilnym z dnia 7 grudnia 1944 r. jak i porozumienie operacyjne o współpracy lotniczej w nagłych wypadkach między służbami poszukiwania i ratownictwa (SAR) Republiki Federalnej Niemiec i Rzeczypospolitej Polskiej, z dnia 5 marca 1992 r., pozostają nienaruszone.

Artykuł 8

Koordynacja i kierownictwo ogólne działań

1. Za koordynację i kierownictwo ogólne działań są odpowiedzialne właściwe organy Strony zwracającej się o pomoc.
2. Właściwe organy Strony zwracającej się o pomoc będą udzielaly pomocy w wykonywaniu zadań grupom ratowniczym i poszczególnym ekspertom Strony pomagającej. Określą one możliwie szczegółowo zadania, których realizację zamierzają powierzyć grupom ratowniczym i poszczególnym ekspertom.
3. Dyspozycje dla grup ratowniczych Strony pomagającej są przekazywane wyłącznie ich kierownikom, którzy będą wydawać swoim podwładnym polecenia dotyczące szczegółów ich realizacji.

Artykuł 9

Koszty działań ratowniczych

1. Koszty działań ratowniczych, włącznie z nakładami spowodowanymi przez całkowitą lub częściową utratę, jak również przez całkowite lub częściowe zniszczenie przywiezionego wyposażenia, nie będą zwracane Stronie pomagającej przez Stronę zwracającą się o pomoc, chyba że Strony doszły wcześniej do specjalnego porozumienia.
2. Każda Umawiająca się Strona może zażądać aby koszty powstałe w wyniku udziału statków powietrznych, pokryte zostały do połowy przez Stronę zwracającą się o pomoc. Wysokość kosztów oblicza się w tym wypadku według taryf obowiązujących na terytorium Strony udzielającej pomocy, w chwili jej udzielenia.
3. Grupy ratownicze i eksperci Strony pomagającej podczas trwania akcji ratowniczej, na obszarze Strony zwracającej się o pomoc, będą na jej koszt zakwaterowani i zaprowadzani, jak również zaopatrzeni w środki osobistego

użytku, o ile przywiezione zapasy zostaną wyczerpane. W razie potrzeby otrzymają oni również bezpłatnie pomoc logistyczną, w tym pomoc medyczną.

Artykuł 10
Odszkodowania i rekompensaty

1. Umawiające się Strony rezygnują wzajemnie z wszelkich roszczeń odszkodowawczych z powodu utraty lub uszkodzenia mienia, należącego do nich lub innych organów, o ile szkoda będzie spowodowana przez członka grupy ratowniczej lub eksperta w związku z wypełnianiem zadań wynikających z realizacji Umowy.
2. Umawiające się Strony rezygnują wzajemnie z wszelkich roszczeń odszkodowawczych z tytułu uszkodzenia ciała, rozstroju zdrowia lub śmierci członka grupy ratowniczej lub eksperta, zaistniałych podczas realizacji Umowy. Pozostaje nie naruszone prawo do roszczeń o odszkodowanie przez członków grupy ratowniczej i ekspertów poszkodowanych w związku z wykonywaniem działań ratowniczych bądź też pozostałych po nich członków ich rodzin.
3. Jeśli szkoda będzie spowodowana osobie trzeciej przez członka grupy ratowniczej lub eksperta Strony pomagającej przy wykonywaniu jego zadań na terytorium Strony zwracającej się o pomoc, to za szkodę odpowiada wyłącznie Strona zwracająca się o pomoc zgodnie z przepisami, które stosuje się w przypadku szkody spowodowanej przez własne grupy ratownicze.
4. Właściwe organy Umawiających się Stron będą ściśle ze sobą współpracowały w celu ułatwienia procedury dochodzenia odszkodowań. W szczególności będą wymieniały wszystkie dostępne informacje o przypadkach powstania szkody w rozumieniu tego artykułu.
5. Ustępów 1, 2 i 3 nie stosuje się, gdy szkoda została spowodowana umyślnie lub w wyniku rażącego niedbalstwa.

Artykuł 11

Pozostałe formy współpracy

1. Właściwe organy, o których mowa w artykule 3 współpracują ze sobą i mogą zawierać odrębne porozumienia, w szczególności w sprawach:

- 1) prognozowania, profilaktyki i zwalczania katastrof, klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków, wymiany wszelkich doświadczeń praktycznych oraz przydatnych informacji naukowych i technicznych, organizacji konferencji, wizyt studialnych wykwalifikowanych specjalistów, programów hadawczych i kursów specjalistycznych, wymiany wykładowców i słuchaczy odpowiednich placówek szkoleniowych oraz prowadzenia wspólnych ćwiczeń, a także doradczego udziału ekspertów-naukowców w sztabach operacyjnych,**
- 2) wymiany informacji o zagrożeniach i szkodach mogących rozprzestrzenić się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, która obejmuje również wyprzedzające przekazywanie danych o pomiarach i prognozach.**

2. W przypadku wspólnych ćwiczeń, w których grupy ratownicze jednej Umawiającej się Strony przebywają na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, stosuje się odpowiednio postanowienia Umowy.

Artykuł 12

Przekazywanie danych osobowych

W przypadku przekazywania na podstawie przepisów niniejszej Umowy - zgodnie z prawem wewnętrznym każdej Umawiającej się Strony - danych osobowych, obowiązywać będą postanowienia zawarte w załączniku nr 2 do niniejszej Umowy z uwzględnieniem przepisów prawa obowiązujących każdą z Umawiających się Stron.

Artykuł 13
Połączenia telekomunikacyjne

Właściwe organy Umawiających się Stron poczynią wspólnie odpowiednie kroki, które umożliwią powstanie połączeń telekomunikacyjnych, zwłaszcza połączeń drogą radiową między organami wymienionymi w artykule 3, między tymi organami a wysłanymi przez nie grupami ratowniczymi, jak i między grupami ratowniczymi oraz między wysłanymi grupami ratowniczymi a właściwym kierownictwem akcji ratowniczej.

Artykuł 14
Rozstrzyganie spraw spornych

1. Wszelkie sprawy sporne między Umawiającymi się Stronami, dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy będą rozstrzygane, o ile to możliwe, przez Rządy obu Umawiających się Stron.
2. Jeżeli Umawiające się Strony nie rozstrzygną sprawy spornej w ciągu dwunastu miesięcy od daty jej powstania, zostanie ona przedłożona na wniosek każdej z Umawiających się Stron trybunałowi arbitrażowemu złożonemu z trzech arbitrów. Każda z Umawiających się Stron wyznaczy po jednym arbitrze, a wyznaczeni arbitrzy wybiorą przewodniczącego, który nie może być obywatelem żadnej z Umawiających się Stron.
3. Jeżeli jedna z Umawiających się Stron nie dokona mianowania swego arbitra w ciągu dwóch miesięcy od dnia otrzymania wniosku drugiej Umawiającej się Strony, o dokonanie takiej nominacji druga Umawiająca się Strona może zwrócić się z prośbą do Przewodniczącego Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości.
4. Jeżeli obaj arbitrzy nie osiągną porozumienia odnośnie wyboru przewodniczącego trybunału arbitrażowego w ciągu dwóch miesięcy od ich mianowania, wówczas nominacji przewodniczącego dokona na wniosek jednej z

Umawiających się Stron Przewodniczący Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości.

5. Jeżeli w wypadkach określonych w ustępach 3 i 4 Przewodniczący Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości nie może wypełnić wymienionej funkcji lub jeżeli jest on obywatelem jednej z Umawiających się Stron, nominacji dokona Wiceprzewodniczący Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości. Jeżeli Wiceprzewodniczący nie może spełnić tej funkcji lub jeżeli jest obywatelem jednej z Umawiających się Stron, nominacji dokona najstarszy ranga sędzia trybunału, który nie będzie obywatelem żadnej z Umawiających się Stron.
6. Jeżeli Umawiające się Strony nie uzgodnią inaczej, trybunał arbitrażowy ustali tryb własnego postępowania. Trybunał wydaje orzeczenia większością głosów, w oparciu o zasady i przepisy prawa międzynarodowego oraz na podstawie postanowień niniejszej Umowy.
7. Każda z Umawiających się Stron ponosi koszty udziału swego arbitra oraz koszty swojego udziału w postępowaniu arbitrażowym. Koszty związane z przewodniczącymi jak i pozostałe koszty, Umawiające się Strony pokrywają w równych częściach. Trybunał może jednak w swoim orzeczeniu ustalić większy udział w kosztach jednej z Umawiających się Stron.
8. Orzeczenia trybunału arbitrażowego są ostateczne i wiążące dla obydwu Umawiających się Stron.

Artykuł 15
Inne umowy międzynarodowe

Niniejsza Umowa nie narusza istniejących praw i zobowiązań każdej z Umawiających się Stron wynikających z innych umów międzynarodowych.

Artykuł 16
Ratyfikacja i wejście w życie umowy

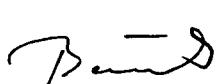
1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi tak szybko jak to możliwe w Bonn.
2. Niniejsza Umowa wejdzie w życie w pierwszym dniu trzeciego miesiąca od dnia wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.

Artykuł 17
Obowiązywanie i wypowiedzenie umowy

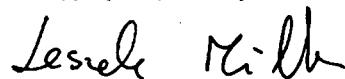
1. Umowa niniejsza jest zawarta na czas nieokreślony.
2. Umowa może być wypowiedziana w drodze notyfikacji przez Rządy Umawiających się Stron. W takim wypadku Umowa utraci moc po upływie 6 miesięcy od dnia otrzymania wypowiedzenia przez Rząd drugiej Umawiającej się Strony.

Umowę niniejszą sporządzono w Warszawie dnia 10 kwietnia 1997 w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

W imieniu
Republiki Federalnej Niemiec



W imieniu
Rzeczypospolitej Polskiej



Załącznik Nr 1
do
Umowy
między
Republiką Federalną Niemiec
a
Rzeczypospolitą Polską
o wzajemnej pomocy podczas katastrof
i klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków

.....
organ miejscowość, data
Behörde Ort, Datum

Z A Ś W I A D C Z E N I E
B E S C H E I N I G U N G

Pan/Pani jest dowódcą niemieckiej grupy ratowniczej, która ma wziąć udział w akcji na terytorium Polski na podstawie Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczypospolitą Polską o wzajemnej pomocy podczas katastrof i klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków. Niniejsze zaświadczenie upoważnia grupę ratowniczą do przekraczania granicy.

Herr/Frau ist Leiter/in der deutschen Hilfsmannschaft, die auf polnischem Hoheitsgebiet auf der Grundlage des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen eingesetzt werden soll. Diese Bescheinigung berechtigt die Hilfsmannschaft zum Grenzübertritt.

W skład niemieckiej grupy ratowniczej wchodzi osób.

Der deutschen Hilfsmannschaft gehören Personen an.

Grupa ratownicza ma ze sobą wyposażenie, w tym

..... pojazdów z przyczepami
..... psów ratowniczych.

Die Hilfsmannschaft führt Ausrüstungsgegenstände mit, darunter

..... Fahrzeuge mit Anhängern,
..... Rettungshunde.

Na terytorium Polski wwozi się następujące środki pomocy:

Folgende Hilfsgüter werden in das polnische Hoheitsgebiet eingeführt:

.....
.....

.....
Podpis

Unterschrift

Załącznik nr 2

do

Umowy

między

Republiką Federalną Niemiec

a

Rzeczypospolitą Polską

o wzajemnej pomocy podczas katastrof

i klęsk żywiołowych lub innych poważnych wypadków

1. Dopuszcza się wykorzystanie danych wyłącznie we wskazanym celu oraz zgodnie z warunkami określonymi przez instytucję przekazującą dane.
2. O sposobie wykorzystania przekazanych danych i osiągniętych wynikach odbiorca informuje instytucję przekazującą dane, na jej wniosek.
3. Dane osobowe mogą być przekazywane wyłącznie właściwym organom. Dalsze ich przekazywanie innym instytucjom może nastąpić jedynie po uprzednim wyrażeniu zgody przez instytucję, która dane przekazała.
4. Instytucja przekazująca dane jest odpowiedzialna za ich prawdziwość. Jest również obowiązana ocenić ich niezbedność i współmierność w stosunku do celu ich przekazywania. Należy przy tym uwzględnić zakaz przekazywania danych zgodnie z obowiązującym prawem wewnętrznym. Jeśli okaże się, że przekazano dane nieprawdziwe lub takie, których nie wolno było przekazać, należy o tym niezwłocznie zawiadomić odbiorcę. Jest on obowiązany do sprostowania lub zniszczenia tych danych.
5. Osobie, której dotyczą przekazywane dane, należy na jej wniosek, udzielić informacji odnośnie tych danych, jak również o zamierzonym celu ich wykorzystania. Obowiązek udzielenia informacji nie dotyczy wypadków, gdy interes publiczny przemawiający za jej nieudzieleniem przewaga nad interesem osoby zainteresowanej jej udzieleniem. Prawo osoby zainteresowanej do uzyskania

informacji o istniejących danych jej dotyczących zależy od prawa wewnętrznego tej Umawiającej się Strony, na której terytorium został złożony wniosek o udzielenie informacji.

6. Jeżeli w następstwie uzyskania danych w ramach wymiany danych osobowych dokonanej zgódnie z niniejszą Umową, ktokolwiek poniesie szkodę spowodowaną czynem bezprawnym, to odpowiedzialność za jej wyrządzenie spoczywa na instytucji odbierającej dane, według prawa wewnętrznego obowiązującego w jej kraju. Powoływanie się na fakt, że szkoda została spowodowana przez instytucję przekazującą dane, nie zwalnia od odpowiedzialności wobec poszkodowanego. Jeżeli instytucja odbierająca dane wypłaci odszkodowanie za szkodę spowodowaną wykorzystaniem niewłaściwie przekazanych danych, to instytucja przekazująca dane zwróci instytucji odbierającej dane, sumę odpowiadającą pełnej wysokości odszkodowania.
7. Jeżeli prawo wewnętrzne kraju instytucji przekazującej dane, w odniesieniu do przekazywanych danych osobowych przewiduje szczególne przepisy dotyczące zatarcia danych, to instytucja przekazująca dane informuje o tym odbiorcę. Niezależnie od obowiązujących terminów, dane osobowe należy zatrzecie niezwłocznie, gdy przestaną być niezbędne dla celu, w którym zostały przekazane.
8. Instytucje przekazujące i odbierające dane odnotowują w aktach przekazanie i odbiór danych osobowych.
9. Instytucje przekazujące i odbierające dane, podczas przekazywania danych osobowych są obowiązane do ich skutecznej ochrony przed dostępem osób nieuprawnionych, przed dokonywaniem niedozwolonych zmian w treści oraz przed podaniem do wiadomości bez odpowiedniego upoważnienia.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND
THE REPUBLIC OF POLAND CONCERNING MUTUAL ASSISTANCE
IN THE EVENT OF DISASTERS OR SERIOUS ACCIDENTS

The Federal Republic of Germany and the Republic of Poland

With a view to contributing to the development of neighbourly relations in Europe, in the spirit of the Treaty of 17 June 1991 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland on good-neighbourly relations and friendly cooperation,

Being mindful of the Treaty of 14 November 1990 concerning the demarcation of the established and existing Polish-German state frontier,

In conformity with the purposes of the United Nations, which has declared the 1990s the International Decade for Natural Disaster Reduction,

Mindful of the Concluding Document of 15 January 1989 of the third follow-up Meeting in Vienna to the Conference on Security and Cooperation in Europe (CSCE) and the Helsinki Document of 10 July 1992,

Taking account of the Agreement on the Transfrontier Effects of Industrial Accidents, signed in Helsinki on 17 March 1992,

Aware of the possibility of natural or technological disasters or serious accidents,

Convinced of the need for cooperation to facilitate mutual assistance in the event of disasters or serious accidents, and to ensure the rapid dispatch of emergency teams and materials,

In view of the advantages which an exchange of scientific and technical information can bring to both sides in preventing industrial accidents and avoiding disasters and accidents, and in eliminating their effects,

Have agreed as follows:

Article 1. Purpose

The Contracting States shall assist each other within their means in the event of disasters or serious accidents that entail severe damage or risk to the physical integrity of individuals, to property or to the environment and which are beyond the capacity of the requesting State to deal with adequately.

Article 2. Definitions

For the purposes of this Agreement:

The term "requesting State" means the Contracting State whose competent authorities and agencies request assistance from the other State, in particular the sending of emergency teams or equipment;

The term "assisting State" means the Contracting State whose competent authorities respond to a request from the authorities of the other State for assistance, in particular for the sending of emergency teams or equipment;

The term "transit State" means a State whose territory the emergency teams must cross in order to reach the requesting State;

The term "emergency team" means a group of individuals despatched by the assisting State to render assistance in the requesting State;

The term "equipment" means the material, technical devices, vehicles, items for personal use (operational items), rescue dogs, and personal equipment and items for personal use belonging to the emergency teams and experts;

The term "emergency aid supplies" means the items intended for distribution free of charge to the population affected by the disaster or serious accident.

Article 3. Competent authorities

(1) The authorities competent for making and receiving requests for assistance shall be:

1. For the Federal Republic of Germany:

The Federal Ministry of the Interior and

The Ministries of the Interior of the Länder Mecklenburg-Pomerania, Brandenburg and the Free State of Saxony;

2. In the Republic of Poland:

The Minister for Internal Affairs and Public Administration.

(2) The authorities referred to in paragraph 1 may designate other officials and agencies to make or receive requests for assistance, or to resolve questions of procedure arising from the implementation of the Agreement.

(3) The authorities referred to in paragraphs 1 and 2 are authorized to contact one another directly for the purpose of implementing this Agreement.

(4) The two Contracting States shall inform each other of the addresses and telephone contact details of the authorities referred to in paragraphs 1 and 2.

Article 4. Types of assistance

(1) Assistance may be provided by individual experts or by emergency teams sent to the site of the disaster or serious accident who are specially trained in the areas of fire-fighting, technical aid, radioactive, chemical and environmental hazards control, medical and sanitary assistance, rescue and salvage or temporary repair work, and who have the necessary equipment. If the requesting State so wishes, assistance may be provided in any other manner.

(2) The emergency teams and the individual experts together with the equipment and emergency aid supplies may be transported by land, air or water.

Article 5. Border crossing

(1) To ensure the efficiency and speed required in an emergency operation, the Contracting States undertake to limit border-crossing formalities to the absolute minimum.

(2) The members of an emergency team shall cross the border and maintain a presence in the territory of the requesting State on the basis of a certificate issued by the responsible authority of the requested State in accordance with article 3, authorizing them to cross the border. A model for this certificate is contained in Annex 1 to this Agreement. If the certificate cannot be produced because of the special urgency of the situation, any other appropriate form of proof will suffice to afford entry for the purpose of emergency assistance under this Agreement. The members of the emergency team shall also carry a service identity card bearing their photograph or a similar identity document and shall identify themselves by that means at the request of any authorized official.

(3) The emergency teams shall cross the border at the border crossing points. If the situation is especially urgent the border may also be crossed outside the permitted border crossing points, with the consent of the responsible authorities of the Contracting States in accordance with article 3, and following prior notification of the responsible border authorities.

(4) The border crossing facilitation measures mentioned in paragraphs 1 and 2 shall also apply in situations in which a Contracting State is a transit State for assistance to be provided to a requesting Contracting State or to a third State, insofar as transit is necessary for speedy assistance. The authorities referred to in article 3, paragraph 1, shall inform one another in timely fashion when transit is necessary, and shall determine how the transit is to be carried out.

Article 6. Border crossing for equipment and emergency aid supplies

(1) The Contracting States shall facilitate the entry and exit of the equipment and emergency aid supplies needed for emergency operations. The leader of an emergency team and individual experts taking part in an emergency operation shall be required only to hand over to the responsible customs offices of the requesting State a list of the equipment and emergency aid supplies they are bringing with them. The emergency teams and individual experts shall be permitted to cross the border with their equipment and emergency supplies even if they do not have such a list. In that case the list shall be submitted to the competent authorities of the requesting State within 30 days of the date of the border crossing.

(2) The emergency teams and individual experts may not bring with them any movable goods other than the equipment and emergency aid supplies necessary for emergency operations. The equipment and emergency aid supplies shall be exempt from all import duties and may only be used for the emergency operation.

(3) Prohibitions and restrictions on the import of goods shall not apply to the equipment and emergency aid supplies required for emergency operations. Equipment and emergency aid supplies not used in an emergency operation shall be re-exported within 30 days of the end of the emergency operation. If in exceptional circumstances they cannot be re-exported, the nature, quantity and location of the equipment and emergency aid supplies

shall be reported to the authority responsible for the emergency operation in the requesting State, and that authority shall inform the competent customs office. The laws of the requesting State shall apply in such an event.

(4) Narcotic and psychotropic drugs may be brought in only to meet an urgent medical need, and may be used only by qualified medical personnel acting in accordance with the laws of the Contracting State to which the emergency team belongs. The rights of the requesting State to carry out inspections on its own territory shall be unaffected. Paragraph 3, second to fourth sentences, shall also apply to the return of unused narcotics and psychotropic drugs to the territory of the other Contracting State, in accordance with the laws of both Contracting States. Such movement of goods shall not be regarded as import and export within the meaning of the international Agreements on narcotic drugs. Unused narcotic and psychotropic drugs which cannot be re-exported shall be subject to the laws of the requesting State.

(5) Paragraphs 1 to 4 shall apply, mutatis mutandis, to transit through the territory of a Contracting State of the emergency equipment and emergency aid supplies required for the purpose of assistance to a requesting third State. The transit State shall assist the emergency teams when on its territory in the manner agreed by the Contracting States.

Article 7. Operations involving aircraft

(1) Each Contracting State shall permit aircraft taking off from the territory of the other Contracting State for operations under this Agreement to overfly, land in and take off from its territory without being required to use airfields.

(2) The intention to use aircraft shall be reported without delay to the requesting State, with the most detailed possible information on:

1. The type of aircraft,
2. The country of registration and registration number,
3. The crew, passengers and emergency teams,
4. The equipment and emergency aid supplies on board,
5. The time of departure, the anticipated route and the landing site.

(3) Subject to the provisions of paragraph 1, the air traffic regulations of each Contracting State shall apply, in particular the obligation to transmit flight information to the competent control bodies.

(4) Annex 12 on air search and rescue to the Agreement on International Civil Aviation of 7 December 1944, and the Agreement of 5 March 1992 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland on cooperation between air search and rescue services in emergencies, shall be unaffected.

Article 8. Coordination and direction

(1) The competent authorities of the requesting State shall be responsible for coordinating and directing the rescue and emergency operations.

(2) The competent authorities of the requesting State shall support the emergency teams and individual experts of the assisting State in carrying out their tasks. They shall explain in as much detail as possible the tasks to be entrusted to the emergency teams and the individual experts.

(3) Instructions for the emergency teams of the assisting State shall be addressed solely to their leaders, who shall brief their personnel on the plan of action.

Article 9. Operational costs

(1) The costs of emergency assistance, including expenditure incurred through the total or partial loss or damage of equipment brought in for the operation, shall not be reimbursed to the assisting State by the requesting State, unless the Contracting States have concluded a special prior agreement to that effect.

(2) Either Contracting State may require half the costs incurred through the deployment of aircraft to be borne by the requesting State. The amount of the costs in this case shall be determined according to the rates applicable in the assisting State at the time of the emergency operation.

(3) The emergency teams and experts of the assisting State shall be provided with food and lodging throughout the operation at the expense of the requesting State, and supplied with goods for their own use if the stocks brought with them have been exhausted. They shall also receive logistical help, including medical treatment, in case of need.

Article 10. Compensation and damages

(1) The Contracting States shall waive all claims for compensation against each other for damage to property belonging to them or to other administrative bodies, if the damage was caused by a member of an emergency team or an individual expert during an operation covered by this Agreement.

(2) The Contracting States shall waive all claims for compensation against each other for injury or death suffered by a member of an emergency team or an individual expert in connection with the implementation of the Agreement. Claims for compensation for injury suffered in connection with the emergency operation by a member of an emergency team or individual expert, or their heirs, shall be unaffected.

(3) If damage is done to a third party in the territory of the requesting State by a member of an emergency team or individual expert from the assisting State in the line of duty, the requesting State shall have sole liability for the damage in accordance with the provisions that would apply if the damage had been caused by its own emergency teams.

(4) The competent authorities of the two Contracting States shall cooperate closely to facilitate the settlement of claims for damages. They shall, in particular, exchange all the information at their disposal concerning instances of loss or damage covered by this article.

(5) Paragraphs 1, 2 and 3 do not apply when the damage results from a premeditated act or gross negligence.

Article 11. Other forms of cooperation

(1) The competent authorities referred to in article 3 shall cooperate and may make separate arrangements in the following areas in particular:

1. Forecasting, preventing and dealing with disasters or serious accidents, exchanging all practical experience and relevant scientific and technical information, arranging for conferences and foreign study programmes for experts, research programmes and specialized courses, including the exchange of instructors and course participants in the relevant disciplines, and carrying out joint exercises and deploying scientific experts in an advisory capacity among the personnel of emergency missions;

2. Exchanging information on hazards and accidents that could affect the territory of the other Contracting State; this exchange of information shall include precautionary transmission of measurement and forecasting data.

(2) The provisions of this Agreement shall apply, mutatis mutandis, to joint exercises in which the emergency teams of one Contracting State go into action in the territory of the other State.

Article 12. Transmission of personal data

Where according to the domestic law of each Contracting State personal data are transmitted on the basis of this Agreement, the provisions of Annex 2 to this Agreement shall apply, subject to the rules in each Contracting State.

Article 13. Telecommunication links

The competent authorities of the Contracting States shall jointly take the necessary measures to establish telecommunication and, in particular, radio links between the authorities referred to in article 3, between these authorities and the emergency teams sent by them, among the emergency teams themselves and between the emergency teams and the respective operation command.

Article 14. Settlement of disputes

(1) Disputes relating to the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled between the Governments of the two Contracting States.

(2) If the Contracting States fail to settle a dispute within twelve months, it shall be referred at the request of either Contracting State to a court of arbitration consisting of three arbitrators. Each Contracting State shall appoint one arbitrator, and the two arbitrators appointed by this means shall elect a chairman, who may not possess the nationality of either of the Contracting States.

(3) If one of the Contracting States fails to appoint its arbitrator within two months of receiving the request from the other Contracting State, the other State may request the President of the International Court of Justice to make the appointment.

(4) If the two arbitrators fail to reach agreement within two months on a choice of chairman of the court of arbitration, the appointment of a chairman shall be made, at the request of one of the Contracting Parties, by the President of the International Court of Justice.

(5) If the President of the International Court of Justice, in the circumstances referred to in paragraphs 3 and 4, cannot exercise the function required or holds the nationality of one of the Contracting States, the appointment shall be made by the Vice-President of the International Court of Justice. If the Vice-President cannot perform this function or holds the nationality of one of the Contracting States, the appointment shall be made by the most senior of the members of the International Court of Justice who is not a national of one of the Contracting States.

(6) Unless the Contracting States agree otherwise, the court of arbitration shall adopt its own rules of procedure. The court shall reach its judgements by a majority vote and in reliance on the principles and rules of international law and based on the provisions of this Agreement.

(7) Each Contracting State shall bear its arbitrator's costs, including those incurred through his or her attendance at the court of arbitration. The costs of the Chairman, and all other costs, shall be borne equally by the two Contracting States. The court of arbitration may however, in its judgment, apportion a larger share of the costs to one of the Contracting States.

(8) The judgments of the court of arbitration shall be final and binding for both Contracting States.

Article 15. Other international agreements

Existing rights and duties arising for the Contracting States from other international agreements shall be unaffected.

Article 16. Ratification and entry into force

(1) This Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Bonn.

(2) This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification.

Article 17. Duration and denunciation

(1) This Agreement is concluded for an indefinite period.

(2) This Agreement may be denounced through notification by the Governments of the Contracting States. In such case, the denunciation shall take effect six months after notification has been received by the Government of the other Contracting State.

Done at Warsaw on 10 April 1997 in two originals in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

JOHANNES BAUCH

MANFRED KANTHER

For the Republic of Poland:

LESZEK MILLER

ANNEX I TO THE AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE REPUBLIC OF POLAND CONCERNING MUTUAL ASSISTANCE IN THE EVENT OF DISASTERS OR SERIOUS ACCIDENTS

Authority

Place and date

Certificate

Mr/Ms . is a leader/member of the German emergency team to be deployed on Polish territory on the basis of the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland concerning mutual assistance in the event of disasters or serious accidents. This certificate authorizes the team to cross the border.

The German team consists of persons.

The equipment carried by the team includes

.. vehicles with trailers,

. rescue dogs.

The following emergency aid supplies may be imported into Polish territory:

..

Signature

ANNEX 2 TO THE AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE REPUBLIC OF POLAND CONCERNING MUTUAL ASSISTANCE IN THE EVENT OF DISASTERS OR SERIOUS ACCIDENTS

1. The recipient of the data is permitted to use them only for the stated purpose and subject to the conditions laid down by the transmitting authority.
2. The recipient shall inform the transmitting authority, upon request, of the use made of the data which have been transmitted, and the results obtained.
3. Personal data may be transmitted only to the responsible authorities. Retransmission to other authorities is permitted only with the prior consent of the transmitting authority.
4. The transmitting authority is bound to ensure the accuracy of the data to be transmitted and to observe the requirements of necessity and proportionality in relation to the purpose of the transmission. The relevant domestic law prohibitions against transmission must be observed in this regard. If inaccurate data or data the transmission of which is prohibited are found to have been transmitted, the recipient must be notified without delay, and is bound to ensure that the data are corrected or destroyed.
5. The person to whom the data relate must be informed, upon request, of the personal data which have been transmitted and of their anticipated use. There shall be no duty to provide this information if a determination is made that the public interest in not providing it outweighs the interest of the individual concerned in receiving it. The right of the individual to be notified of personal data kept concerning him is otherwise governed by the domestic law of the Contracting State in whose territory the information is requested.
6. If an individual sustains unlawful harm as a result of data transmission according to the data exchange arrangements under this Agreement, the receiving authority shall be liable under its domestic law. Its liability towards the claimant cannot be discharged on the ground that the harm was caused by the transmitting authority. If compensation is paid by the receiving authority for harm caused by the use of wrongly transmitted data, the transmitting authority shall reimburse the receiving authority for the full amount of the compensation.
7. Where the national law applicable to the transmitting authority contains special rules for the deletion of personal data which have been transmitted, the transmitting authority shall notify the recipient accordingly. Irrespective of these time limits, personal data which have been transmitted must be deleted as soon as they are no longer required for the purpose for which they were transmitted.
8. Both the transmitting and the receiving authority must keep a record of the transmission and receipt of personal data.
9. Both the transmitting and the receiving authority shall take effective steps to protect personal data during transmission and receipt from unauthorized access, unauthorized alteration and unauthorized disclosure.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE CONCERNANT L'ASSISTANCE MUTUELLE EN CAS DE CATASTROPHES OU D'ACCIDENTS GRAVES

La République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne,

En vue de contribuer au développement des relations de voisinage en Europe, dans l'esprit du Traité de bon voisinage et de coopération amicale du 17 juin 1991 entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne,

Conscientes du Traité du 14 novembre 1990 confirmant la frontière établie et existant entre les États allemand et polonais,

En conformité avec l'intention de l'Organisation des Nations Unies, qui a déclaré les années 90 la Décennie internationale de la prévention des catastrophes naturelles,

Ayant à l'esprit le document de clôture du 15 janvier 1989 de la troisième réunion de Vienne de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE) et le Document d'Helsinki du 10 juillet 1992,

Tenant compte de l'Accord sur les effets transfrontières des accidents industriels, signé à Helsinki le 17 mars 1992,

Conscientes des risques de catastrophes naturelles et technologiques et d'accidents graves,

Convaincues de la nécessité de la coopération pour faciliter l'assistance mutuelle dans le cas de catastrophes naturelles ou d'accidents graves et assurer l'envoi rapide des équipes et du matériel d'urgence,

Eu égard aux avantages qu'un échange de renseignements scientifiques et techniques peut apporter aux deux parties en prévenant les accidents industriels et en évitant les catastrophes et les accidents et en éliminant leurs effets,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier. But

Les États contractants se portent mutuellement assistance dans la mesure de leurs moyens en cas de catastrophes ou d'accidents graves qui occasionnent des dommages sérieux ou qui posent des risques à l'intégrité physique des personnes, à la propriété ou à l'environnement et auxquels l'État d'intervention n'a pas les moyens de faire face de manière satisfaisante.

Article 2. Définitions

Au sens du présent Accord :

L'expression "État d'intervention" désigne l'État contractant dont les autorités compétentes et organismes demandent à l'autre État une assistance, notamment par l'envoi de moyens humains et matériels d'urgence ;

L'expression "État d'envoi" désigne l'État contractant dont les autorités compétentes répondent à une demande faite par les autorités compétentes de l'autre État en vue de recevoir une assistance, notamment par l'envoi de moyens humains ou matériels d'urgence ;

L'expression "État de transit" désigne l'État dont les équipes de secours d'urgence doivent traverser le territoire pour atteindre l'État d'intervention ;

L'expression "équipe de secours d'urgence" désigne un groupe d'individus dépêché par l'État d'envoi pour porter secours à l'État d'intervention ;

Le terme "équipement" désigne le matériel, les outils techniques, les véhicules, les biens à usage personnel (biens d'exploitation), les chiens de secours et l'équipement personnel et les articles à usage personnel des équipes de secours et des experts ;

L'expression "moyens de secours" désigne les articles destinés à être distribués gratuitement à la population affectée par la catastrophe ou l'accident grave.

Article 3. Autorités compétentes

1) Les autorités compétentes pour la présentation et la réception des demandes d'assistance sont :

1. Pour la République fédérale d'Allemagne :

Le Ministère fédéral de l'intérieur et

les Ministères de l'intérieur des Länder de Mecklenburg-Pomerania et de Brandenburg et l'État libre de Saxe ;

2. Pour la République de Pologne :

Le Ministre des affaires intérieures et de l'administration publique.

2) Les autorités visées au paragraphe 1 peuvent désigner d'autres responsables et organismes habilités à présenter ou à recevoir les demandes d'assistance, ou à régler des questions de procédure posées par l'application de l'Accord.

3) Les autorités visées aux paragraphes 1 et 2 sont autorisées à entrer directement en relation aux fins de l'application du présent Accord.

4) Les deux États contractants se communiqueront les adresses et numéros de téléphone des autorités visées aux paragraphes 1 et 2.

Article 4. Types d'intervention

1) L'assistance sera fournie par des experts à titre individuel ou par des équipes de secours d'urgence dépêchés sur le lieu de la catastrophe ou de l'accident grave formés en particulier dans le domaine de la lutte contre les incendies, de l'aide technique, des dangers radioactifs, chimiques et environnementaux, de l'assistance médicale et sanitaire, du secourisme ou des travaux de réparation temporaires et qui disposent du matériel et des équipe-

ments nécessaires. Si l'État d'intervention le souhaite, l'assistance peut être fournie sous toute autre forme.

2) Les équipes de secours d'urgence et les experts ainsi que l'équipement et les approvisionnements de secours d'urgence peuvent être envoyés par voie terrestre, aérienne ou par voie de navigation maritime ou fluviale.

Article 5. Passage de la frontière

1) Pour garantir l'efficacité et la rapidité de l'opération d'urgence, les États contractants s'engagent à limiter au strict minimum les formalités de passage de la frontière.

2) Les membres d'une équipe de secours d'urgence passeront la frontière et maintiendront une présence sur le territoire de l'État d'intervention sur la base d'un certificat délivré par l'autorité compétente de l'État d'envoi conformément à l'article 3, les autorisant à franchir la frontière. Un formulaire type de ce certificat figure à l'Annexe 1 du présent Accord. Si le certificat ne peut pas être délivré en raison de l'urgence particulière de la situation, toute forme de preuve appropriée suffira pour autoriser l'entrée en vue de l'aide d'urgence conformément à l'Accord. Les membres de l'équipe de secours d'urgence seront également en possession d'une carte d'identité avec leur photographie ou d'un document similaire et s'identifieront par ce moyen à la demande de toute autorité compétente.

3) Les équipes de secours d'urgence franchiront la frontière aux points de passage. En cas d'urgence spéciale, la frontière peut aussi être franchie en dehors des points de passage autorisés, avec le consentement des autorités responsables des États contractants conformément à l'article 3, et après notification préalable des autorités compétentes chargées de la surveillance des frontières.

4) Les facilités de passage de frontière visées aux paragraphes 1 et 2 s'appliquent également quand un des États contractants est un État de transit pour l'aide qui doit être fournie à un État contractant d'intervention ou à un État tiers pour autant que le transit soit nécessaire pour une aide rapide. Les autorités visées au paragraphe 1 de l'article 3 s'informent en temps opportun lorsque le transit est nécessaire et fixent les moyens d'effectuer ce transit.

Article 6. Passage de l'équipement et des approvisionnements de secours d'urgence à travers les frontières

1) Les États contractants faciliteront l'entrée et la sortie de l'équipement et des approvisionnements de secours d'urgence nécessaires pour les opérations d'urgence. Le chef de l'équipe de secours d'urgence et les experts participant à l'opération d'urgence présenteront simplement aux services de douane compétents de l'État d'intervention la liste de l'équipement et des approvisionnements de secours d'urgence emportés par eux. Les équipes de secours d'urgence et les experts seront autorisés à franchir la frontière avec leurs équipement et approvisionnements de secours d'urgence même s'ils n'ont pas cette liste. Dans ce cas, cette liste devra être présentée aux autorités compétentes de l'État d'intervention dans un délai de 30 jours à partir de la date du passage de la frontière.

2) Les équipes de secours d'urgence et les experts ne peuvent apporter avec eux aucun autre bien meuble que l'équipement et les approvisionnements de secours d'urgence néces-

saires aux interventions d'urgence. L'équipement et les approvisionnements de secours d'urgence sont exemptés des droits de douane et ne peuvent servir que pour des opérations d'urgence.

3) Les interdictions et restrictions concernant l'importation de biens ne s'appliquent pas à l'équipement et aux approvisionnements de secours d'urgence nécessaires aux opérations de secours d'urgence. L'équipement et les approvisionnements de secours d'urgence seront réexportés dans un délai de 30 jours suivant la fin de l'opération de secours d'urgence. Si des circonstances particulières ne permettent pas la réexportation, la nature, la quantité et l'emplacement de l'équipement et des approvisionnements de secours d'urgence seront notifiés à l'autorité responsable de l'opération de secours d'urgence dans l'État d'intervention et cette autorité en informera le service douanier compétent. Dans ce cas, la législation nationale de l'État d'intervention s'appliquera.

4) Des stupéfiants et des substances psychotropes ne peuvent être emportés que pour répondre à un besoin urgent et ne peuvent être utilisés que par du personnel médical qualifié agissant conformément aux dispositions législatives de l'État contractant auquel appartient l'équipe de secours d'urgence. Les droits de l'État d'intervention d'effectuer des contrôles sur son propre territoire ne seront pas affectés. Les dispositions des deuxièmes, troisième et quatrième phrases du paragraphe 3 s'appliquent également à la réexpédition au territoire de l'autre État contractant des quantités non utilisées de stupéfiants et de substances psychotropes, conformément à la législation des deux États contractants. Cette circulation des biens n'est pas considérée comme importation ou exportation au sens des accords internationaux sur les stupéfiants. Les stupéfiants et substances psychotropes non utilisés qui ne peuvent pas être réexportés sont soumis aux lois de l'État d'intervention.

5) Les paragraphes 1 à 4 s'appliquent, mutatis mutandis, au transit à travers le territoire d'un État contractant de l'équipement et des approvisionnements de secours d'urgence nécessaires pour l'assistance à un État d'intervention tiers. L'État de transit aidera de la manière convenue par les États contractants les équipes de secours d'urgence lorsqu'elles se trouveront sur son territoire.

Article 7. Interventions au moyen d'aéronefs

1) Chaque État contractant autorise les aéronefs décollant du territoire de l'autre État contractant, aux fins de l'assistance au titre du présent Accord, à survoler son territoire, y atterrir et en décoller en dehors des aérodromes.

2) L'intention d'utiliser des aéronefs est notifiée sans délai à l'État d'intervention avec des indications aussi détaillées que possible sur

- 1 . Le type d'aéronef ;
2. Le pays d'immatriculation et le numéro d'immatriculation ;
3. L'équipage, les passagers et les équipes de secours ;
4. L'équipement et les approvisionnements de secours d'urgence transportés ;
5. L'heure de départ, l'itinéraire prévu et le lieu d'atterrissement.

3) Sous réserve des dispositions du paragraphe 1, la réglementation de chaque État contractant en matière de circulation aérienne est applicable, et notamment l'obligation de transmettre des informations de vol aux organes de contrôle compétents.

4) L'annexe 12 sur la recherche et le sauvetage aériens de l'Accord sur l'aviation civile internationale du 7 décembre 1944 et l'Accord du 5 mars 1992 entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne sur la coopération entre les services de recherche et de sauvetage aériens d'urgence, ne sont pas concernés.

Article 8. Coordination et direction

1) Les autorités compétentes de l'État d'intervention sont chargées de coordonner et de diriger les opérations de secours et d'urgence.

2) Les autorités compétentes de l'État d'intervention aident les équipes de secours d'urgence et les experts de l'État d'envoi à accomplir leurs tâches. Elles expliquent de manière aussi détaillée que possible les tâches à confier aux équipes de secours d'urgence et aux experts.

3) Les instructions destinées aux équipes de secours de l'État d'envoi sont communiquées exclusivement aux chefs d'équipe qui informeront leur personnel du plan d'action.

Article 9. Frais d'intervention

1) Les frais de l'assistance d'urgence, notamment les dépenses engagées au titre de la perte totale ou partielle ou du dommage de l'équipement emporté pour l'intervention, ne sont pas remboursés à l'État d'envoi par l'État d'intervention, à moins que les États contractants n'aient conclu à l'avance un accord spécial à cet effet.

2) L'un ou l'autre État contractant peut demander que la moitié des frais engagés au litre du déploiement d'aéronefs soit prise en charge par l'État d'intervention. Le montant des frais dans ce cas est déterminé conformément aux taux applicables dans l'État d'envoi au moment de l'intervention d'urgence.

3) Les équipes de secours d'urgence et les experts de l'État d'envoi sont logés et nourris pendant toute la durée de l'opération aux frais de l'État d'intervention et ils sont approvisionnés en biens à usage personnel lorsque les stocks emportés sont épuisés. Ils reçoivent également, en cas de besoin, une assistance logistique, notamment un traitement médical.

Article 10. Indemnisation et dommages

1) Chaque État contractant renonce à toute demande d'indemnisation à l'encontre de l'autre État contractant pour des dommages causés à des biens lui appartenant ou à d'autres organes administratifs, si le dommage est causé par un membre de l'équipe de secours d'urgence ou un expert au cours d'une opération couverte par le présent Accord.

2) Chaque État contractant renonce à réclamer à l'autre État contractant toute indemnisation pour préjudice corporel ou décès d'un membre de l'équipe de secours d'urgence ou d'un expert dans le cadre de la mise en oeuvre de l'Accord. Les demandes d'indemnisation

pour un préjudice corporel subi en rapport avec l'opération d'urgence par un membre d'une équipe de secours d'urgence ou un expert, ou leurs successeurs, ne sont pas concernées.

3) Si un dommage est causé à un tiers sur le territoire de l'État d'intervention par un membre d'une équipe de secours d'urgence ou un expert de l'État d'envoi dans l'accomplissement de sa mission, la responsabilité du dommage incombera uniquement à l'État d'intervention, conformément aux dispositions qui s'appliqueraient si le dommage avait été causé par ses propres équipes de secours d'urgence.

4) Les autorités compétentes des deux États contractants coopéreront étroitement pour faciliter le règlement des demandes d'indemnisation. Elles échangent notamment toutes les informations dont elles disposent sur les cas de pertes et de dommages visés par le présent article.

5) Les paragraphes 1, 2 et 3 ne s'appliquent pas quand le dommage résulte d'un acte prémédité ou d'une grave négligence.

Article 11. Autres formes de coopération

1) Les autorités compétentes visées à l'article 3 coopéreront et pourront prendre des dispositions distinctes dans les domaines suivants, notamment :

1. Pour prévoir, prévenir et combattre les catastrophes ou les accidents graves, échanger toutes les données d'expérience pratique et les informations scientifiques et techniques pertinentes, organiser des conférences et des programmes d'études étrangères pour experts, des programmes de recherche et des cours spécialisés, notamment des échanges d'enseignants et de participants aux cours dans les disciplines appropriées, des stages communs ainsi que le déploiement d'experts scientifiques sur demande en qualité de conseillers au sein du personnel des missions de secours d'urgence.

2. Pour échanger des informations sur les dangers et les accidents qui pourraient affecter le territoire de l'autre État contractant ; cet échange d'informations inclut la communication à titre préventif de données relatives à des inesures et des prévisions.

2) Les dispositions du présent Accord s'appliquent, mutatis mutandis, aux exercices communs au cours desquels les équipes de secours d'urgence d'un État contractant interviennent dans le territoire de l'autre État.

Article 12. Transmission de données personnelles

Lorsque conformément aux lois internes de chaque État contractant des données personnelles sont transmises au titre du présent Accord, les dispositions de l'annexe 2 au présent Accord s'appliqueront, sous réserve des règles de chaque État contractant.

Article 13. Liaisons de télécommunications

Les autorités compétentes des États contractants prennent en commun les mesures nécessaires pour établir les télécommunications et en particulier les liaisons radio entre les autorités visées à l'article 3, entre ces autorités et les équipes de secours d'urgence envoyées

par elles, entre les équipes de secours d'urgence elles-mêmes et entre les équipes de secours d'urgence et la direction des opérations correspondante.

Article 14. Règlement des différends

1) Les différends relatifs à l'interprétation ou l'application du présent Accord seront autant que possible réglés entre les gouvernements des deux États contractants.

2) Si les États contractants ne peuvent régler un différend dans les douze mois, il sera porté, à la demande de l'un ou l'autre État contractant, devant un tribunal arbitral composé de trois arbitres. Chaque État contractant nommera un arbitre et les deux arbitres ainsi nommés éliront un président, qui ne peut avoir la nationalité d'aucun des États contractants.

3) Si un des États contractants ne nomme pas son arbitre dans les deux mois suivant la réception de la demande de l'autre État contractant, cet autre État contractant peut demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder à la nomination.

4) Si les deux arbitres ne parviennent pas dans les deux mois à un accord sur le choix d'un président du tribunal arbitral, la nomination du président sera faite, à la demande d'une des Parties contractantes, par le Président de la Cour internationale de Justice.

5) Si le Président de la Cour internationale de Justice, dans les circonstances visées aux paragraphes 3 et 4, ne peut exercer la fonction requise ou s'il possède la nationalité de l'un des États contractants, la nomination sera faite par le Vice-Président de la Cour internationale de Justice. Si le Vice-Président ne peut assumer cette fonction ou s'il possède la nationalité de l'un des États contractants, la nomination sera faite par le plus ancien des membres de la Cour internationale de Justice qui n'est pas ressortissant de l'un des États contractants.

6) À moins que les États contractants n'en conviennent autrement, le tribunal arbitral adopte son propre règlement intérieur. Le tribunal prend ses décisions à la majorité des voix et en se fondant sur les principes et les règles du droit international et les dispositions du présent Accord.

7) Chaque État contractant prend en charge les frais de son arbitre, notamment ceux engagés au titre de sa participation au tribunal arbitral. Les frais du président et tous les autres frais seront pris en charge à égalité entre les deux États contractants. Le tribunal peut néanmoins décider d'imputer une part plus importante des frais à un des États contractants.

8) Les décisions du tribunal arbitral sont définitives et ont force exécutoire pour les deux États contractants.

Article 15. Autres accords internationaux

Les droits et obligations en vigueur des États contractants en vertu d'autres accords internationaux ne sont pas concernés.

Article 16. Ratification et entrée en vigueur

1) Le présent Accord sera soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Bonn.

2) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant l'échange des instruments de ratification.

Article 17. Durée et dénonciation

1) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

2) Le présent Accord peut être dénoncé par notification des Gouvernements des États contractants. En pareille circonstance, la dénonciation prendra effet six mois après que la notification a été reçue par le Gouvernement de l'autre État contractant.

Fait à Varsovie le 10 avril 1997 en deux exemplaires originaux en langue allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

JOHANNES BAUCH

MANFRED KANTHER

Pour la République de Pologne :

LESZEK MILLER

**ANNEXE 1 DE L'ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
ET LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE CONCERNANT L'ASSISTANCE MU-
TUELLE EN CAS DE CATASTROPHES OU D'ACCIDENTS GRAVES**

Autorité

Lieu et date

Certificat

M./Mme est le chef/un membre de l'équipe allemande de secours d'urgence qui doit être déployée sur le territoire polonais au titre de l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Pologne concernant l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accidents graves. Le présent certificat autorise l'équipe à traverser la frontière.

L'équipe allemande comprend personnes.

L'équipement emporté par l'équipe comprend:

.... véhicules avec remorques

.....chiens de secours/sauvetage

Les moyens de secours suivants peuvent être importés sur le territoire polonais:

Signature

**ANNEXE 2 DE L'ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
ET LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE CONCERNANT L'ASSISTANCE MU-
TUELLE EN CAS DE CATASTROPHES OU D'ACCIDENTS GRAVES**

1. Le destinataire des données n'est autorisé à les utiliser qu'aux fins déclarées et sous réserve des conditions énoncées par l'autorité expéditrice.

2. Le destinataire informe l'autorité expéditrice, sur demande, de l'utilisation faite des données qui ont été transmises, et des résultats obtenus.

3. Les données personnelles ne sont transmises qu'aux autorités responsables. Le transfert à d'autres autorités n'est permis qu'avec le consentement préalable de l'autorité expéditrice.

4. L'autorité expéditrice est tenue d'assurer l'exactitude des données à transmettre et de respecter les conditions de nécessité et de proportionnalité en rapport avec l'objet de la transmission. Les interdictions de la législation intérieure pertinente en matière de transmission doivent être respectées à cet égard. Si des données inexactes ou des données dont la transmission est interdite ont été transmises, le destinataire doit être notifié sans délai, et il est tenu de veiller à ce que les données soient corrigées ou détruites.

5. La personne à laquelle se rapportent les données doit être informée, sur demande, des données personnelles qui ont été transmises et de leur utilisation prévue. Il n'y aura pas d'obligation de communiquer cette information s'il est établi que l'intérêt de sa non-communication pour le public l'emporte sur l'intérêt de sa réception pour la personne concernée. Le droit de la personne à être notifiée des données personnelles conservées sur elle est autrement régi par la législation intérieure de l'État contractant sur le territoire duquel l'information est demandée.

6. Si une personne subit des dommages illégaux suite à la transmission de données conformément aux dispositions en matière d'échange de données au titre du présent Accord, la responsabilité en incombera à l'autorité réceptrice en vertu de sa législation intérieure. Elle ne peut être libérée de sa responsabilité à l'égard du plaignant sous prétexte que le dommage a été causé par l'autorité expéditrice. Si une indemnisation est versée par l'autorité réceptrice au titre du dommage causé par l'utilisation de données transmises à tort, l'autorité expéditrice remboursera à l'autorité réceptrice le montant intégral de l'indemnisation.

7. Lorsque la législation nationale applicable à l'autorité expéditrice contient des règles spéciales relatives à la destruction de données personnelles qui ont été transmises, l'autorité expéditrice en notifiera l'autorité réceptrice. Indépendamment de ces limites de temps, les données personnelles qui ont été transmises doivent être détruites dès qu'elles ne sont plus nécessaires aux fins pour lesquelles elles ont été transmises.

8. L'autorité expéditrice et l'autorité réceptrice doivent enregistrer la transmission et la réception de données personnelles.

9. L'autorité expéditrice et l'autorité réceptrice prendront des mesures effectives pour protéger les données personnelles, au cours de la transmission et de la réception, de l'accès non autorisé, de la modification non autorisée et de la divulgation non autorisée.